



PROTOKOLL

(Gemeinde
Ostermundigen)

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2026/1

Datum/Zeit	Donnerstag, 26. Februar 2026, 18:00 - 19:40 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Zaugg Gerhard (SVP)_____1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP) Buri Peter (SP) Dressler Yasmin (SP) Falk Marcel (SP) Kistler Kerstin (SP) Mordasini Mattia (SP) Nova Colette (SP) Renner Jörg (SP) Schneider Maja (SP) Stalder Sarah (SP) Stettler Ruess Peter (SP)_____11 Andres Angelo (SVP) Brunner Franziska (SVP) Friedli Hans Peter (SVP) GränicHER Adrian (SVP) Herren Marisa (SVP) Rutsch Adrian (SVP) Truog Markus (SVP)_____7 Alberucci Luca (glp) Schmid Alexander (glp) Tamàs Oliver (glp) Wahli Alexander (glp)_____4 Feller Daniela (FDP) Lanz Lukas (FDP) Leiser Christoph (FDP)_____3 Scognamiglio Andrea (EVP) Zürcher Myriam (EVP)_____2 Brechtbühl Kerstin (Mitte) Filep Béla (Mitte) Löhrer-Marti Sandra (Mitte) Mitter Michael (Mitte)_____4 Augustiny Samuel (Grüne) Burr Furrer Christian (Grüne) Tanner Adrian (Grüne)_____3 Ananiadis Jorgo (Piraten)_____1 Total anwesend _____36

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Selmani Emsale (SP), Wipfli Hans (SVP)
Gemeindeschreiberin	Steudler Barbara
Protokollführerin	Niggli Saskia, Gemeindeschreiberin Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Gimmel Benjamin (EVP), Raass Leena (glp), Steiner Ulrich (SVP), Züllig von Allmen Dorothea (glp)

TRAKTANDEN

1. Protokoll Nr. 5 der GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025; Genehmigung.....6
2. Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 20. November 2025; Genehmigung7
3. Protokoll Nr. 7 der GGR-Sitzung vom 4. Dezember 2025; Genehmigung8
4. Kommission für Öffentliche Sicherheit; Ersatzwahl per 1. März 2026.....9
5. Schulkommission; Ersatzwahl per 1. April 202610
6. Bildungsstrategie 2025 - 2032 der Volksschule Ostermundigen;
Kenntnisnahme11
7. Tagesschule Mahlzeitenlieferung; Genehmigung Verpflichtungskredit.....15
8. Überparteiliche Motion betreffend kostenloser Eintritt für Schüler:innen aus
Ostermundigen und Reduzierung des Eintrittspreises für Kultur-Legi-
Besitzende im Freibad Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp.
Umwandlung in Postulat.....19

9.	Überparteiliches Postulat betreffend Pflanzung von Bäumen entlang von Strassen; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	24
10.	Überparteiliche Interpellation betreffend Planungsstand der Dritten Allmend; schriftliche Beantwortung.....	26
11.	Interpellation glp-Fraktion betreffend Aufgaben, Wirkung und Ressourcen der Gemeinde im Bereich Nachhaltigkeit; schriftliche Beantwortung.....	27
12.	Einfache Anfrage Adrian Rutsch (SVP) betreffend temporärer Kursraum in "Tell's Kantine"; schriftliche Beantwortung.....	28
13.	Orientierungen des Gemeinderates.....	29
a)	CMI Sitzungsvorbereitungstool.....	29
b)	«Voll auf die 12».....	29
c)	«Fit für die Zukunft».....	29
d)	Kindler- und Werkstadthaus.....	29
e)	Buskonzept Bern Nord - Ostermundigen.....	30
f)	Baustellenbesichtigung Bahnhof Ostermundigen.....	30
g)	Solarenergie.....	30
h)	Finanzplan 2026 - 2030.....	30
14.	Überparteiliche Motion betreffend Anpassung der Kriterien für die Schulhauszuteilung «Family first»; parlamentarischer Neueingang.....	32

15. Interpellation Stand und Planung ÖV und Baustellen Ostermundigen;
parlamentarischer Neueingang36
16. Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates37

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2026.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte die Ratssekretärin um Namensaufruf. Momentan sind **36 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ich komme zu den offiziellen Mitteilungen.

1. Auf den Tischen liegt auf:
 - ① Informationsbroschüre der Spitex Ostermundigen betreffend TIXI Ostermundigen; Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Menschen.
2. Per 1. Januar 2026 ist Andrea Scognamiglio (EVP) Neumitglied des GGR. Er ersetzt Gerhard Baumgartner. Wir heissen Andrea Scognamiglio herzlich im Parlament von Ostermundigen willkommen.
3. Die nächste GGR-Sitzung findet am 30. April 2026 um 18:00 Uhr statt.
4. Im Anschluss an die GGR-Sitzung ist ab 20:00 Uhr zum «Ausklang/Debriefing» im Restaurant Waldeck reserviert.

Traktandenliste

Traktandum Nummer 13 - Orientierungen des Gemeinderates, beinhaltet Folgendes:

- a. CMI Sitzungsvorbereitungstool; Info über Schulungen; Sprecher: Thomas Iten
- b. «Voll auf die 12»; Info über Anlass vom 4. März 2026; Sprecher: Thomas Iten
- c. «Fit für die Zukunft»; Info über Anlass vom 30. März 2026; Sprecher: Thomas Iten
- d. Kindler- und Werkstadthaus; Info über Anlass vom 20. April 2026; Sprecher: Thomas Iten
- e. Buskonzept Bern Nord; Info über Anlass vom 27. Mai 2026; Sprecher: Thomas Iten
- f. Baustellenbesichtigung Bahnhof Ostermundigen; Info über diverse Anlässe: Sprecherin: Bettina Fredrich
- g. Solarenergie; Info über Anlass vom 11. Mai 2026; Sprecherin: Emsale Selmani
- h. Finanzplan 2026 - 2030; weiteres Vorgehen; Sprecher: Gerardo Grasso

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigung

1. Protokoll Nr. 5 der GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 5 vom 23. Oktober 2025 dokumentiert.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 5 der GGR-Sitzung vom 23. Oktober 2025 wird genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigung

2. Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 20. November 2025; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 6 vom 20. November 2025 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen vor?

Feller Daniela (FDP): Ich möchte noch auf eine Anpassung zu meinem Votum auf Seite 244 aufmerksam machen:

Anstatt "*Ich war damals noch jung*" wäre korrekt: "*Ich war damals noch nicht geboren.*"

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.
Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 20. November 2025 wird genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigung

3. Protokoll Nr. 7 der GGR-Sitzung vom 4. Dezember 2025; Genehmigung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 7 vom 4. Dezember 2025 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen vor?

Feller Daniela: Ich habe wiederum Anpassungen zu meinen Voten:

Seite 186: Anstatt "*Thomas Brönnimann*" wäre korrekt: "*Thomas Iten*".

Seite 187: Anstatt "*O-Block*" wäre korrekt: "*O-Bloc*".

Seite 188, beim Abschnitt "*Im Septemeber*": Anstatt "*Rübenherbst*" wäre korrekt: "*Rüebli-herbst*".

Seite 188, beim Abschnitt "*Im November*": Anstatt "*FCB-Trikot*" wäre korrekt: "*SCB-Trikot*".

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.
Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 7 der GGR-Sitzung vom 4. Dezember 2025 wird genehmigt.

Axioma #10399

10.6.24 Kommission Öffentliche Sicherheit

4. Kommission für Öffentliche Sicherheit; Ersatzwahl per 1. März 2026

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Der Wahlvorschlag für die Ersatzwahl für die Kommission für Öffentliche Sicherheit liegt vor. Gibt es noch Wortmeldungen zum Wahlvorschlag? Es werden keine Einwände erhoben.

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Sascha Zbinden (Mitte) wird Cédric Meli (Mitte) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. ab 1. März 2026 bis 31. Dezember 2028 als Mitglied der Kommission für Öffentliche Sicherheit gewählt.

Axioma #10440

10.6.28 Schulkommission

5. Schulkommission; Ersatzwahl per 1. April 2026

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Der Wahlvorschlag für die Ersatzwahl für die Schulkommission liegt vor. Gibt es noch Wortmeldungen zum Wahlvorschlag? Es werden keine Einwände erhoben.

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Carmen Al-Zein (EVP) wird Renate Bolliger (EVP) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. ab 1. April 2026 bis 31. Dezember 2028 als Mitglied der Schulkommission gewählt.

Axioma #10095
13.5.00 Allgemeines

6. Bildungsstrategie 2025 - 2032 der Volksschule Ostermundigen; Kenntnisnahme

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Liegen Wortmeldungen vor?

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Die Bildungsstrategie der Schulen Ostermundigen ist ein wichtiges Grundlagenpapier. Es handelt sich bereits um die dritte Strategie und sie erstreckt sich über zwei Legislaturen, also acht Jahre. Sie knüpft an die bisherigen Strategien an und berücksichtigt aktuelle sowie mögliche zukünftige Herausforderungen.

Ziel der Strategie ist es, zentrale Bildungsinhalte zu bündeln und aufzuzeigen, welche Entwicklungen in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Zurzeit handelt es sich noch um eine strategische Grundlage. Die konkreten Umsetzungsschritte werden nun erarbeitet und anschliessend Jahr für Jahr umgesetzt. Nach vier Jahren ist zudem eine Evaluation vorgesehen, um zu prüfen, ob Anpassungen nötig sind.

Bei der Gestaltung wurde bewusst ein moderner Ansatz gewählt. Mehr Farben und eine anschauliche Darstellung sollen Interesse wecken. Auch Lehrpersonen sollen sich davon angesprochen fühlen. An den Schulen in Ostermundigen arbeiten rund 250 Lehrpersonen, etwa zwei Drittel davon Frauen. Mehrere Bewerbende haben berichtet, dass sie vor ihrer Bewerbung die Bildungsstrategie gelesen haben. Viele beurteilen sowohl die Strategie als auch die Arbeit an den Schulen Ostermundigen positiv. Erfreulicherweise konnten bisher alle ausgeschriebenen Stellen besetzt werden.

Mattia Mordasini (SP): Die Fraktion der Grünen und der SP hat das Papier mit Interesse gelesen und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Es wird geschätzt, dass damit wieder eine klare Leitlinie vorliegt.

Als jemand aus dem Bildungsbereich freut man sich besonders auf die Umsetzung der Strategie. Wichtig ist der Fraktion, regelmässig über den aktuellen Stand informiert zu werden.

Peter Stettler Ruess (SP): Die neue Bildungsstrategie liegt vor, was sehr erfreulich ist. Sie gibt allen Beteiligten in Ostermundigen eine Orientierung, in welche Richtung sich die Bildung der Kinder und Jugendlichen in den nächsten acht Jahren entwickeln soll.

Gleichzeitig stehen konkrete Herausforderungen an. Dazu gehören die Einführung des Schulmodells 4 auf der Sekundarstufe, der Umbau der Schulanlagen «Rothus» sowie die langfristige Planung des Schulraums bis etwa 2050 für eine wachsende Gemeinde. Auch der Umgang mit künstlicher Intelligenz im Schulalltag wird eine wichtige Rolle spielen. Zentral bleibt zudem die Attraktivität der Schulen als Arbeitsplatz für Lehrpersonen.

Neben diesen praktischen Themen enthält die Strategie weitere wichtige Schwerpunkte. Ein Beispiel ist die frühe Förderung.

Sie soll insbesondere Kindern mit fremdsprachigen Eltern helfen, ihr Lernpotenzial besser zu entfalten und die Chancen der Schulen in Ostermundigen von Anfang an zu nutzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Partizipation. Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrpersonen und das Personal der Tagesschulen sollen stärker einbezogen werden. Damit soll demokratische Mitwirkung im Schulalltag gefördert werden.

Wichtig ist zudem ein respektvoller, toleranter und gewaltfreier Umgang miteinander. Dieses Thema bleibt eine dauerhafte Herausforderung. Gesellschaftliche Veränderungen bringen neue Unsicherheiten und Konflikte mit sich. Deshalb braucht es nicht nur Regeln, sondern konkrete Massnahmen zur Förderung eines respektvollen Zusammenlebens.

Wie wirksam die Strategie sein wird, zeigt sich letztlich in der Umsetzung. Positiv ist deshalb, dass ein Massnahmenplan vorgesehen ist und die Fortschritte jährlich überprüft werden sollen. Zudem soll die Öffentlichkeit regelmässig über den Stand informiert werden.

Die SP/Grüne-Fraktion wird die Umsetzung der Strategie aufmerksam begleiten. Ziel ist es, mit einem kritischen Blick dazu beizutragen, dass möglichst viele der vorgesehenen Massnahmen tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich bereits im Mitwirkungsverfahren grösstenteils positiv zur vorliegenden Bildungsstrategie geäussert. Sie wird die vorgeschlagene Strategie zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Die Unterlagen wirken modern, frisch und übersichtlich gestaltet. Wichtig ist für die Fraktion jedoch, dass diese Ziele in der Praxis umgesetzt werden. Ein zentrales Anliegen der SVP ist die Qualität des Unterrichts und der Einsatz geeigneter Unterrichtsformen. Die schulische Bildung soll sich stärker auf Kernkompetenzen konzentrieren. Dazu gehören insbesondere die deutsche Sprache, Mathematik sowie der Bereich Natur, Mensch und Gesellschaft.

Die Lehrpersonen sollen sich vor allem auf die Vermittlung dieser Kernkompetenzen konzentrieren können. Aufgaben, die eigentlich in den Bereich der Eltern oder des sozialen Umfelds gehören, sollten sie möglichst wenig belasten.

Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die sorgfältige Ausarbeitung der Strategie und nimmt sie positiv zur Kenntnis. Kritisch angemerkt wird jedoch die kürzlich veröffentlichte Medienmitteilung zur Bildungsstrategie. Diese fiel bereits sehr positiv aus, obwohl der Grosse Gemeinderat erst noch darüber beraten sollte. Es stellt sich deshalb die Frage, wie damit umgegangen worden wäre, wenn der Rat zu einem kritischeren Ergebnis gekommen wäre.

Sandra Löhner-Marti (Mitte): Bildung ist ein wichtiges Gut. In vielen Ländern ist gute Bildung noch immer nicht selbstverständlich. Teilweise dürfen zum Beispiel Mädchen nicht einmal die Schule besuchen. Aber auch bei uns ist Bildung von grosser Bedeutung. Mit der vorliegenden Bildungsstrategie wird ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Schulen in Ostermundigen gemacht.

Das Bildungswesen ist zwar stark durch Vorgaben des Kantons geprägt. Dort, wo die Gemeinde eigene Schwerpunkte setzen kann, soll sie dies jedoch tun. Die Bildungsstrategie zeigt die langfristige Richtung für die Entwicklung der Schulen.

Für eine attraktive Gemeinde ist es wichtig, in den Nachwuchs zu investieren. Familien, die neu nach Ostermundigen ziehen, achten unter anderem auf die Qualität der Schulen, genügend Lehrpersonen und ausreichenden Schulraum. Diese Themen beschäftigen viele Gemeinden.

Die Strategie legt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben fest, auf welche Handlungsfelder und Schwerpunkte sich die Schulen in den kommenden Jahren konzentrieren sollen. Die Partei Mitte hat sich aktiv am Mitwirkungsverfahren beteiligt. Einige ihrer Anliegen wurden berücksichtigt, wofür sie dankt.

Eine Strategie gibt jedoch nur die Richtung vor. Entscheidend ist, dass konkrete Massnahmen folgen und umgesetzt werden. Ebenso wichtig sind eine regelmässige Überprüfung und eine Evaluation der Ziele. Wenn Ziele nicht erreicht werden, muss reagiert werden. Eine Strategie darf nicht starr sein, sondern muss sich neuen Entwicklungen anpassen können.

Die Mitte erwartet, dass die Schulkommission die Umsetzung weiterhin aufmerksam begleitet. Zudem wünscht sich die Fraktion, dass der Grosse Gemeinderat möglichst jährlich über den Stand informiert wird.

Abschliessend dankt die Mitte allen Beteiligten für ihre grosse Arbeit. Die Fraktion wird die Bildungsstrategie ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Lukas Lanz (FDP): Die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die aus ihrer Sicht sehr umfassende, gut gestaltete und verständliche Bildungsstrategie.

Im Mitwirkungsverfahren hat die Fraktion bewusst auf eine Stellungnahme verzichtet. Der Grund dafür war, dass die aus ihrer Sicht zentralen Themen bereits in der Strategie enthalten waren. Zudem wurden wichtige Fragen bereits zuvor behandelt, etwa mit der Teilrevision im letzten Jahr und der Zustimmung zum Schulmodellwandel. Auch viele Entwicklungen der vergangenen Bildungsstrategie wurden berücksichtigt.

Die Strategie zeigt viele gute und erstrebenswerte Ziele auf. Der Wandel im Bildungsbereich ist dabei eine Konstante. Gleichzeitig ist es der FDP-Fraktion wichtig, bei der Umsetzung realistisch zu bleiben. Die Ziele sollen sorgfältig und mit Blick auf die vorhandenen Möglichkeiten verfolgt werden. Dabei gilt es, den Weg, das Tempo und mögliche Herausforderungen stets im Auge zu behalten.

Myriam Zürcher (EVP): Die Bildungsstrategie 2025 - 2032 ist ein wichtiges und richtungsweisendes Arbeitsinstrument für die Gemeinde. Sie baut auf den bisherigen Entwicklungen auf und zeigt gleichzeitig, dass Bildung kein Projekt mit einem festen Enddatum ist. Die Weiterentwicklung der Schulen und ihrer Rahmenbedingungen muss kontinuierlich erfolgen.

Die Anforderungen an Kinder und Jugendliche nehmen stetig zu. Themen wie psychische Gesundheit, soziale Stabilität und ein sicheres Umfeld werden immer wichtiger. Deshalb braucht es gute Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrpersonen und Eltern. Sie alle tragen gemeinsam Verantwortung für eine starke Bildungslandschaft.

Die vorliegende Strategie trägt diesem Zusammenspiel Rechnung. Sie anerkennt die Rechte und Pflichten aller Beteiligten und schafft eine Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit im Interesse der Kinder und der Zukunft der Gemeinde.

Die EVP dankt für die Möglichkeit zur Mitwirkung sowie für die geleistete Arbeit an dieser Bildungsstrategie. Sie unterstützt die Strategie und freut sich auf die weiteren Rückmeldungen und Entwicklungen in den kommenden Jahren.

Adrian Tanner (Grüne): Die Grünen schliessen sich den Aussagen von Mattia Mordasini, Peter Stettler Ruess und Sandra Lörher an. Besonders wichtig ist ihnen, dass Familien bei der Wahl ihres Wohnorts auch die Qualität der Schule berücksichtigen.

Die Bildungsstrategie ist gut und wurde bereits mehrfach gelobt. Entscheidend ist jedoch, dass sie in der Praxis umgesetzt wird. Ein Massnahmenplan soll die Umsetzung begleiten, deren Erfolg auch vom politischen Willen abhängt.

Besonders hervorzuheben ist der Grundsatz im ersten Absatz und in der Zusammenfassung der Strategie: Die Volksschule Ostermundigen fördert alle Beteiligten unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, sozialer Herkunft, Sprache, Behinderung, Religion und Nationalität. Dabei gilt es, Kinder zu schützen und zu unterstützen, die sich nicht in diesen Kategorien wiederfinden, um Diskriminierung zu vermeiden und ihre Entwicklung zu fördern.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Bildungsstrategie 2025 - 2032 der Volksschule Ostermundigen wird zur Kenntnis genommen.

Axioma #10049
13.4.04 Tagesschulen

7. Tagesschule Mahlzeitenlieferung; Genehmigung Verpflichtungskredit

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Liegen Wortmeldungen vor?

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): In den Unterlagen unter Ziffer 2.2 sind die Kriterien knapp dargestellt; aus Gründen der Vertraulichkeit konnten detaillierte Informationen nicht veröffentlicht werden. Ein Evaluationsbericht und ein tabellarisches Bewertungsergebnis liegen jedoch vor und können bei Bedarf eingesehen werden.

Bei der Bewertung wurden Preis (ein Drittel) und Qualität (zwei Drittel) gewichtet. Die Qualitätskriterien waren: Erfahrung und Menüplan, Nachhaltigkeit, Betriebs-, Produktions- und Logistikkonzept sowie Bestellprozess und Qualitätssicherung. Von fünf eingegangenen Angeboten erfüllten zwei die Anforderungen nicht. Die verbleibenden drei Anbieter wurden geprüft. Referenzen bei bestehenden Dienstleistungsempfängern und ein vierwöchiger Menüplan mit saisonalen, altersgerechten und ausgewogenen Mahlzeiten wurden bewertet. Weitere Kriterien waren Arbeitsplätze für berufliche und soziale Integration, Lernende, Qualität der Lebensmittel, kurze Anlieferungsstrecken, Food-Waste-Reduktion, vegetarische Angebote, Umweltmanagement sowie Betriebs- und Logistikkonzept.

Das Resultat zeigt, dass die bisherige Anbieterin den Zuschlag erhält. Wir bitten um Zustimmung zum Antrag, damit eine Laufzeit von zunächst vier Jahren mit der Option auf Verlängerung auf insgesamt acht Jahre möglich ist. Die Kosten werden überwiegend durch Elternbeiträge gedeckt, ein kleiner Teil verbleibt bei der Gemeinde. Für das betreuende Personal der Tagesschulen ist eine vergünstigte Verpflegungspauschale vorgesehen.

Michael Mitter (Mitte): Die Mitte-Fraktion wird dem Verpflichtungskredit zustimmen. Positiv hervorzuheben ist, dass die Ausschreibung nicht an das günstigste, sondern an ein sozialwirtschaftliches Unternehmen, die GEWA, vergeben wurde, das sich für berufliche Integration einsetzt.

Die vergünstigten Mahlzeiten für das Betreuungspersonal überraschen etwas, da der Tarif von 5 Franken sehr günstig ist, im Vergleich zu anderen Kantinenangeboten. Die Fraktion wünscht sich dazu noch eine Erklärung, warum der Preis so niedrig angesetzt wurde.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Wir nehmen dazu gerne Stellung. Der Kanton empfiehlt, auf einen Beitrag zu verzichten. Ostermundigen gewährt den Betreuungspersonen seit langem eine Verpflegung zum halben Preis.

Der Grund ist, dass diese Personen kaum Gelegenheit haben, während der Betreuungszeit eine richtige Mittagspause einzulegen. Sie essen nur das, was übrig bleibt, und können sich dabei nicht ausruhen. Die Gemeinde hat sich daher bewusst dafür entschieden, dass das Betreuungspersonal die Verpflegung zum halben Tarif erhält.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP-Fraktion begrüsst, dass die Mahlzeiten für die Tagesschulen aus der Region stammen und von einem Unternehmen geliefert werden, das Integration fördert.

Positiv hervorgehoben werden die Kriterien wie regionale und saisonale Zutaten, ausgewogene Ernährung und reduzierter Fleischkonsum, die eine verantwortungsvolle und nachhaltige Verpflegung sicherstellen.

Der Verpflichtungskredit ist zwar hoch, wird jedoch überwiegend durch die Eltern finanziert, sodass die Belastung für die Gemeinde gering bleibt. Die EVP-Fraktion wird dem Kredit zustimmen.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Mittagsmahlzeiten an den Tagesschulen kindgerecht und von guter Qualität sind. Die bisherigen Erfahrungen mit der Lieferantin seit 2020 sind durchwegs positiv.

Qualität hat jedoch ihren Preis. Der Mehrpreis von rund 31'000 Franken pro Jahr beziehungsweise etwa 50 Rappen pro Mahlzeit gegenüber dem günstigeren Angebot erscheint der SVP-Fraktion jedoch gerechtfertigt.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats deshalb vorbehaltlos zu.

Jörg Renner (SP): Die SP- und Grüne-Fraktion stellt fest, dass das Auswahlverfahren im offenen Submissionsverfahren gut verlaufen ist. Besonders positiv ist, dass sich die GEWA auf Rang 1 platzieren konnte. Das Unternehmen hat bisher gutes Essen geliefert und übernimmt zudem soziale Verantwortung.

Der stabile Preis wird begrüsst. Trotz Teuerung bleiben die Kosten für die nächsten Jahre unverändert. Dadurch bleibt das Angebot für die Gemeinde Ostermundigen attraktiv und planbar.

Wichtig ist der Fraktion, dass in der Abstimmungsbotschaft klar kommuniziert wird, dass für die Gemeinde nur Kosten von rund 22'000 Franken pro Jahr entstehen. Diese betreffen die vergünstigten Mittagessen für das Betreuungspersonal. Die übrigen Kosten werden grösstenteils durch die Elternbeiträge gedeckt.

Die SP- und Grüne-Fraktion unterstützt den Vorschlag, das Geschäft zur Abstimmung zu bringen.

Luca Alberucci (glp): Das Auswahlverfahren war professionell und basierte auf klaren und sinnvollen Kriterien. Am Ende setzte sich das Angebot mit der besten Qualität durch. Es ist nur etwa fünf Prozent teurer als das günstigste Angebot. Gleichzeitig kann die bewährte Zusammenarbeit mit dem bisherigen Anbieter fortgesetzt werden. So muss kein Risiko mit einem neuen Anbieter eingegangen werden.

Besonders positiv bewertet werden die regionalen Produkte, umweltfreundliche Anbaumethoden sowie das Engagement des Anbieters im Bereich der Arbeitsintegration.

Für die Eltern und die Schülerinnen sowie Schüler bedeutet dies eine qualitativ gute Verpflegung. Der Preis von rund 9 Franken pro Mahlzeit erscheint angemessen, wenn man bedenkt, dass das günstigste Angebot etwa 8.50 Franken gekostet hätte.

Die Fraktion unterstützt die Vorlage und ist gespannt auf die Volksabstimmung. Da der grösste Teil der Kosten von den Eltern getragen wird und für die Gemeinde nur rund 22'000 Franken pro Jahr anfallen, stellt sich die Frage, ob eine Volksabstimmung in diesem Fall überhaupt notwendig ist.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Hans Wipfli (SVP): Vielen Dank für die Voten und die angesprochenen Überlegungen. Diese Frage wurde ebenfalls geprüft. Auch aus Sicht des Gemeinderats wäre es wünschenswert, dieses Verfahren nicht durchlaufen zu müssen.

Grund dafür ist jedoch das Bruttoprinzip. Da die Gemeinde Tagesschulen anbietet, muss sie die Verpflegung organisieren. Diese Aufgabe gilt deshalb als Gemeindeaufgabe.

Da es verschiedene Möglichkeiten gibt, die Verpflegung zu organisieren, handelt es sich zudem nicht um eine gebundene Ausgabe. Aus diesem Grund muss der entsprechende Kredit eingeholt werden.

Das gilt auch dann, wenn am Ende nur ein kleiner Teil der Kosten tatsächlich bei der Gemeinde verbleibt. Im Abstimmungsbüchlein soll dies deshalb möglichst klar erklärt werden.

Christian Burr Furrer (Grüne): Die Grünen nehmen den Ablauf der Ausschreibung sehr erfreut zur Kenntnis. Aus persönlicher Erfahrung wird betont, dass die GEWA ein sehr guter Arbeitgeber ist und die soziale Nachhaltigkeit aktiv fördert.

Für die Zukunft wünscht sich die Fraktion zudem, dass das Thema Lebensmittel in Bio-Qualität geprüft wird. Dieses Kriterium könnte bei einer nächsten Ausschreibung berücksichtigt werden. Die Stadt Biel dient dabei als Beispiel, da sie Bio-Produkte bereits in ihre Verpflegung und in den Haushalt integriert hat.

Béla Filep (Mitte): Weil unsere Kinder immer mit glücklichen sowie glänzenden Augen vom Mittagessen in der Tagesschule nach Hause kommen, möchten wir vorschlagen, dass der Gemeinderat bei der nächsten Ausschreibung ein Testessen macht. So könnten sie sich selbst ein Bild von der guten Qualität der Mahlzeiten machen.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die Lieferung der Tagesschulmahlzeiten wird zu Lasten der Erfolgsrechnung ein Verpflichtungskredit von CHF 4'530'322.00 (inkl. MwSt. von 2,6 %) für die Dauer ab 1. August 2026 bis 31. Juli 2034 bewilligt.
2. Die Vorlage wird in Anwendung von Art. 32 der Gemeindeordnung den Stimmberechtigten zum verbindlichen Beschluss unterbreitet.

Axioma #11000
10.3.72 Motionen

8. Überparteiliche Motion betreffend kostenloser Eintritt für Schüler:innen aus Ostermundigen und Reduzierung des Eintrittspreises für Kultur-Legi-Besitzende im Freibad Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Adrian Tanner (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Wenn er es sinnvoller findet, zuerst die gesamte Tarifstruktur zu analysieren und anschliessend umfassend zu überarbeiten, können wir das mittragen.

Sollte jedoch noch grosser Protest entstehen und der Wunsch bestehen, an der Motion festzuhalten, würden wir uns dem vermutlich nicht entgegenstellen. Wir können den Vorstoss aber ebenso gut als Postulat überweisen.

Zurzeit gibt es über zehn verschiedene Eintrittspreise für unterschiedliche Personengruppen. Hier besteht sicher Potenzial für eine Vereinfachung.

Kritisch sehen würden wir allerdings Preiserhöhungen für andere Kategorien von Personen. Darüber könnte man aber später noch diskutieren, wenn uns das überarbeitete Konzept vorgestellt wird.

Myriam Zürcher (EVP): Die EVP-Fraktion hat diese Motion mitunterzeichnet. Wir unterstützen das Anliegen nach wie vor. Das gilt auch, wenn es als Postulat überwiesen wird.

Wir finden es wichtig, dass abgeklärt wird, welche Leistungen bereits bezahlt werden. Ebenso wichtig ist uns, dass Personen mit einem Kultur-Legi (persönlicher Ausweis für Menschen, die mit einem knappen Budget leben müssen) einen vergünstigten Eintritt erhalten. Dieses Anliegen soll unbedingt aufgenommen werden.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat ab. Dies aus folgenden Gründen:

Wir sind der Meinung, dass das seit vielen Jahren bestehende Familienabonnement genügend attraktiv ist. Eltern bezahlen dafür 130 Franken. Darin eingeschlossen sind zwei Erwachsene sowie sämtliche Kinder bis zum Schulaustritt.

Zudem ist die SVP-Fraktion der Ansicht, dass für konsumierte Leistungen angemessen bezahlt werden soll.

Wir bitten den Rat deshalb, unserer Argumentation zu folgen und den Vorstoss abzulehnen.

Colette Nova (SP): Ich habe ein Votum formeller Art. Dieses gilt auch für das folgende Traktandum, das Postulat.

Der Antrag ist erneut falsch formuliert. Eine Motion oder ein Postulat ist ein Geschäft des Rates. Der Gemeinderat darf selbstverständlich eine Empfehlung zu einem Antrag abgeben.

Wir stimmen jedoch nicht über den Antrag des Gemeinderats ab. Wir stimmen darüber ab, ob wir eine Motion oder ein Postulat annehmen oder ob wir eine Motion in ein Postulat umwandeln wollen.

Ich bitte deshalb darum, die Unterlagen aus der Vergangenheit beizuziehen und dies korrekt zu handhaben. Zudem bitte ich darum, dafür zu sorgen, dass wir bei dieser Motion und beim folgenden Geschäft korrekt abstimmen.

Béla Filep (Mitte): Die Mitte hat die Motion und die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis genommen. Wir unterstützen den Vorschlag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. So kann der Gemeinderat das Tarifsysteem auf die Saison 2027 hin überprüfen.

Persönlich finde ich das Familienabonnement eine gute Lösung. Auch preislich ist es absolut vertretbar. Deshalb würde ich dafür plädieren, es beizubehalten.

Die vorgeschlagene Ermässigung für Inhaberinnen und Inhaber der Kultur-Legi wäre vermutlich sinnvoll. Sie würde Menschen mit einem knappen Budget entlasten. Von einem Gratis-Eintritt würden wir jedoch eher absehen. Der Eintritt ins Freibad darf etwas kosten.

2.50 Franken sind ein sehr moderater Eintrittspreis für Kinder zwischen 9 und 16 Jahren. Vielleicht hat es auch einen kleinen Lerneffekt für Kinder und Jugendliche: Wenn etwas kostet, hat es einen Wert. Dazu trägt man dann Sorge.

Ich finde es richtig, dass die Gemeinde das Freibad subventioniert. Auf unser Freibad dürfen wir stolz sein. Von Auswärtigen höre ich immer wieder, dass wir ein tolles Freibad haben.

Gerade deshalb darf man von den Gästen einen kleinen Gegenwert erwarten. Wenn ich im Freibad bin, habe ich zudem nicht den Eindruck, dass die Eintrittspreise bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschliessen. Auch bei Eltern oder Schulklassen höre ich das nicht.

Die Freundinnen und Freunde unserer Kinder haben noch nie gesagt, sie gingen nicht ins Freibad, weil es zu teuer sei. Das würden wir dem Gemeinderat gerne als Gedanken für die Überprüfung des Tarifsystems mitgeben.

Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte noch kurz auf das reagieren, was zuvor gesagt wurde, insbesondere zum Thema «konsumierte Leistungen».

Ich habe nicht das Gefühl, dass man das so einfach sagen kann. Viele Leistungen, die durch Arbeit bereitgestellt werden, kosten etwas, ohne dass sie direkt bezahlt werden. Hier zwei Beispiele:

- ① 1. Beispiel: Beim Freibad muss dafür gesorgt werden, dass das Wasser sauber ist. Es braucht Sicherheitsmassnahmen, damit niemand zu Schaden kommt. Das alles verursacht Aufwand.

Es gibt aber auch andere Leistungen in unserer Gesellschaft, die Kosten verursachen und trotzdem gratis bleiben.

- ① 2. Beispiel: Wenn CO₂ in die Luft gelangt, muss es irgendwo wieder aufgenommen werden, etwa durch Wälder. Jemand pflanzt diese Wälder und sorgt dafür, dass sie wachsen. Diese Leistung wird nicht direkt bezahlt.

Darum ist es letztlich eine politische Frage, welchen Leistungen wir einen Preis geben wollen und welchen nicht. Ich glaube zudem, dass es andere Möglichkeiten gibt, Kindern zu zeigen, dass sie Sorge zu Einrichtungen tragen sollen, als einen Eintrittspreis zu verlangen.

- ① Noch kurz zum Familienabonnement: Es kostet 130 Franken für zwei Erwachsene. Ich habe gerade nachgeschaut. Soweit ich sehe, gibt es kein spezielles Familienabonnement für alleinerziehende Familien. Das wäre zum Beispiel eine Situation, in der sich eine Überprüfung lohnen könnte. Man könnte überlegen, ob solche Familienmodelle im System besser berücksichtigt werden sollten.
- ① Es wurde auch von steigenden Sicherheitskosten gesprochen. Man kann sich aber fragen, ob das tatsächlich so ist.
- ① Und noch ein anderer Punkt: Wenn man selbst nicht gehört hat, dass jemand den Eintritt nicht bezahlen kann, heisst das nicht unbedingt, dass es dieses Problem nicht gibt. Armut ist in der Schweiz teilweise noch immer ein Tabuthema. Viele Menschen sprechen nicht offen darüber. Ich weiss nicht, wie verbreitet dieses Problem in Ostermundigen ist. Mir liegen dazu keine Statistiken vor. Aber wenn sich jemand den Eintritt wirklich nicht leisten kann, wird das oft nicht öffentlich gesagt. Es kann also durchaus Menschen in dieser Situation geben, ohne dass wir davon erfahren.

Im Text des Vorstosses werden bereits verschiedene Vorteile erwähnt, auch im Zusammenhang mit der Gesellschaftsstrategie. Deshalb finde ich es wichtig, dass diese Frage genauer untersucht wird.

Es geht dabei nicht nur um Kinder, sondern auch um Inhaberinnen und Inhaber der Kultur-Legi. Wenn der Gemeinderat später einen konkreten Vorschlag vorlegt, kann man immer noch diskutieren: Hier etwas mehr, dort etwas weniger oder vielleicht gar nichts. Man kann das dann immer noch feinjustieren.

Ich kann mir vorstellen, dass der Gemeinderat offen ist für Hinweise aus dem Rat, welche Punkte bei der Überarbeitung besonders geprüft werden sollen.

Alexander Schmid (glp): Unsere Badi gehört wirklich zu den Highlights von Ostermundigen. Gerade jetzt, bei diesen frühlingshaften Temperaturen, bekommt man schon wieder Lust auf die Saisonöffnung. Man freut sich darauf, ins Freibad zu gehen, sich auf den schönen grünen Rasen zu legen und die Zeit zu geniessen – vielleicht sogar mit Blick auf die Alpen.

Dass der Rasen so schön grün ist und dass es im Freibad so angenehm ist, kommt jedoch nicht von ungefähr. Ein Freibad gehört zu den teuersten Einrichtungen, die sich eine Gemeinde leisten kann. Es entstehen viele laufende Kosten, etwa für Personal, Energie, Wasseraufbereitung und Sicherheit.

Es ist ein Luxus, den wir uns als Gemeinde leisten. Und ich denke, viele von uns hier im Saal haben diesen Luxus im Freibad auch schon einmal genossen.

Wir von der GLP sind der Meinung, dass dieser Luxus etwas kosten darf.

Deshalb sind wir der Ansicht, dass zum Beispiel die Kultur-Legi in den Überlegungen berücksichtigt werden sollte, wenn der Gemeinderat die Tarife überprüft.

Insgesamt tendieren wir jedoch dazu, diese Motion abzulehnen.

Zum Schluss danken wir dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Eigentlich finde ich es etwas mühsam, dass wir darüber noch länger diskutieren. Diese Diskussion wird sich vermutlich in einem Jahr wiederholen.

Wer an einem schönen Tag im Freibad war, weiss, wie es dort aussieht. Diejenigen mit einem Abo laufen einfach durch. Alle anderen stehen oft bis zu einer halben Stunde oder länger an, um ein Ticket zu lösen.

Genau hier liegt das Problem. Wenn es immer mehr Gutscheine, spezielle Badikarten und verschiedene Vergünstigungen gibt, wird das System immer komplizierter.

Für mich ist das kein pragmatischer Weg. Es ist ein sehr personalintensiver Weg. Darum bitte ich darum, bei solchen Lösungen möglichst wenige Ausnahmen zu machen.

Besser wäre eine einfache Lösung. Zum Beispiel ein klares System, bei dem alle einen kleinen Betrag bezahlen, etwa zwei oder vier Franken, ohne viele zusätzliche Sonderregelungen.

Ich möchte damit nicht einfach Personal einsparen. Ich finde es gut, wenn es vor Ort Ansprechpartner gibt. Aber das jetzige System ist ineffizient.

Und es macht keinen Spass, wenn man bei brennender Sonne eine halbe Stunde anstehen muss. Wenn wir immer mehr Ausnahmen schaffen, werden die Warteschlangen nur noch länger.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Einerseits geht es um die Förderung der Kinder, die ins Freibad gehen sollen. Andererseits spielen Sicherheits- und Kostenüberlegungen ebenfalls eine Rolle.

Deshalb sind wir der Meinung, dass man das Ganze als Gesamtpaket anschauen sollte. Wir möchten hier keinen Schnellschuss machen.

Das Prozedere ist nun folgendes: Wenn Adrian Tanner zustimmt, dass der Vorstoss als Postulat überwiesen wird, stimmen wir darüber ab.

Wenn jedoch an der Motion festgehalten wird, dann stimmt das Parlament über die Motion ab und nicht über das Postulat. Adrian Tanner entscheidet also, ob er den Vorstoss umwandelt oder nicht. Unser Antrag ist, ihn in ein Postulat umzuwandeln.

Anschliessend wird es ein Gebührenreglement geben, in dem das Ganze gesamthaft angeschaut wird. Dieses Geschäft kommt nicht mehr vor das Parlament. Es wird direkt im Gemeinderat entschieden. Das wollte ich noch klarstellen.

Adrian Tanner (Grüne): Ich habe es bereits gesagt, aber falls es fürs Protokoll offiziell vermerkt werden muss: Ich stimme der Umwandlung in ein Postulat zu.

Danke für die Information, dass dies nicht mehr vor das Parlament kommen wird.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Rückfrage an den Gemeinderat: Würdet ihr Eingaben zu diesem Thema wohlwollend prüfen oder eher despektierlich beiseitelegen?

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Wir haben gesagt, dass wir Sympathien dafür haben. Wir werden das prüfen und wir möchten das Ganze im Gesamtsystem betrachten.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich keine Versprechungen machen. Aber wir werden die hier vorgebrachten Anliegen berücksichtigen.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 18 zu 13 den folgenden

B e s c h l u s s

Das Postulat (umgewandelte Motion) wird erheblich erklärt.

Axioma #11001
10.3.73 Postulate

9. Überparteiliches Postulat betreffend Pflanzung von Bäumen entlang von Strassen; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin des Postulats zum Geschäft äussern.

Yasmin Dressler (SP): Ich möchte mich beim Gemeinderat, insbesondere bei den Abteilungen Tiefbau und Betriebe, für die Antwort bedanken.

Gerne informiere ich alle, dass ich den Wortlaut des Postulats wie folgt ändere:

Wortlaut (Alt)

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, entlang welchen Strassen in Ostermundigen schattenspendende Bäume gepflanzt werden können. Der Gemeinderat soll dem GGR bis **Ende 2026** eine Karte vorlegen, auf der für jeden Strassenabschnitt auf dem Gemeindegebiet von Ostermundigen ersichtlich ist, ob die räumlichen Gegebenheiten das Pflanzen von Bäumen erlauben würden. Bei den Strassenabschnitten, wo keine Bäume gepflanzt werden können, soll der Grund angegeben werden, wieso dies nicht möglich ist.

Zudem soll der Gemeinderat einen Vorschlag ausarbeiten, welche Strassenabschnitte bei einer zukünftigen Begrünung des Strassenraums zu priorisieren sind und damit eine mögliche Etappierung vorlegen.

Wortlaut (Neu)

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, entlang welchen Strassen in Ostermundigen schattenspendende Bäume gepflanzt werden können. Der Gemeinderat soll dem GGR bis **Ende 2027** eine Karte vorlegen, auf der für jeden Strassenabschnitt auf dem Gemeindegebiet von Ostermundigen ersichtlich ist, ob die räumlichen Gegebenheiten das Pflanzen von Bäumen erlauben würden. Bei den Strassenabschnitten, wo keine Bäume gepflanzt werden können, soll der Grund angegeben werden, wieso dies nicht möglich ist.

Zudem soll der Gemeinderat einen Vorschlag ausarbeiten, welche Strassenabschnitte bei einer zukünftigen Begrünung des Strassenraums zu priorisieren sind und damit eine mögliche Etappierung vorlegen.

Stimmenzähler Markus Truog (SVP): Bäume verbessern nachweislich das Mikroklima. Alleen und Baumreihen sind in vielen Ländern traditionelle Mittel der Stadtgestaltung.

Grundsätzlich begrüsst die SVP-Fraktion das Anliegen dieses Vorstosses. In den letzten zehn bis zwanzig Jahren wurden in Ostermundigen vor allem in Neubaugebieten, etwa im Oberfeld, Baumreihen angelegt.

Im übrigen Bestand wird in unserem Baureglement bisher nur die Gestaltung der Bernstrasse explizit thematisiert. Wir fragen uns, wo die griffigen Gestaltungsrichtlinien für den Rest der Gemeinde bleiben.

Die planerische Festlegung von Alleen sollte umfassend im Zonenplan und im Baureglement erfolgen. Das geeignete Instrument wäre der Zonenplan mit verbindlicher Alleenbaupflicht auf geeigneten Strassenabschnitten. So wäre die unbedingt angestrebte Grundeigentümerverbindlichkeit sichergestellt.

Uns ist bewusst, dass das Baureglement von Ostermundigen vor allem mit dem Instrument der Baumkronenziffer arbeitet. Dieses sichert jedoch vor allem die dezentrale Begrünung einzelner Parzellen und nicht die übergeordnete Raumplanung oder Raumgestaltung.

Die SVP-Fraktion wird diesem Postulat zustimmen. Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen, inwieweit entsprechende Richtpläne oder Ergänzungen des Zonenplans und der Baureglements möglich sowie sinnvoll wären.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das im Wortlaut abgeänderte Postulat wird erheblich erklärt.

Axioma #11002

10.3.74 Interpellationen

10. Überparteiliche Interpellation betreffend Planungsstand der Dritten Allmend; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist die Erstunterzeichnerin der überparteilichen Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Yasmin Dressler (SP): Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation bedanken. Gleichzeitig möchte ich auf zwei Punkte der Antwort eingehen.

Der erste Punkt betrifft Frage 5. Dort schreibt der Gemeinderat, dass in einer Detailplanung das Anlegen eines Gewässers vertieft geprüft werden müsse und eine technische Machbarkeit nicht vorliege. Das klingt so, als sei es technisch unmöglich, ein Gewässer auf der Dritten Allmend anzulegen. Zum Glück heisst das aber nur, dass die Machbarkeit noch nicht geklärt ist. Klarer wäre hier der Begriff „Machbarkeitsstudie“ gewesen.

Der zweite Punkt betrifft die Aussage, dass der Kanton als Grundeigentümer zum heutigen Zeitpunkt nicht verpflichtet sei, die Vorgaben der Dritten Allmend von sich aus umzusetzen. Anders gesagt: Die Gemeinde plant einen Erholungsraum, aber das Land gehört dem Kanton, der eine strategische Arbeitszone vorsieht.

Ich habe beim Gemeinderat nachgefragt, wie das Vorgehen dort aussieht und ob Verhandlungen zwischen Gemeinde und Kanton laufen. Der Gemeinderat hat geantwortet, dass auf den Vorprüfungsbericht des Kantons gewartet wird. Danach wird entschieden, in welcher Form die Gemeinde mit dem Kanton verhandeln wird. Bisher wurden die Anträge der Gemeinde, das Gebiet im kantonalen Richtplan anzupassen, vom Regierungsrat abgelehnt.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er alles daran setzt, dieses Gebiet – wie in „O'Mundo“ festgelegt – zu einer attraktiven Naherholungszone zu entwickeln. Wir warten gespannt auf die Ergebnisse des Vorprüfungsberichts.

B e s c h l u s s

Die Interpellation wird schriftlich beantwortet.

Axioma #11081

10.3.74 Interpellationen

11. Interpellation glp-Fraktion betreffend Aufgaben, Wirkung und Ressourcen der Gemeinde im Bereich Nachhaltigkeit; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Oliver Tamàs (glp): Ich bin zwar nur der zweite Unterzeichnende, aber ich springe jetzt hier für Dorothea Züllig von Allmen ein.

Vielen herzlichen Dank für die transparente und ausführliche Antwort auf die vier Fragestellungen.

- ① Wir hatten die Frage zum Energiestadt-Label gestellt. Die Antwort ist für uns sinnvoll und nachvollziehbar.
- ① Ebenso bei den Nachhaltigkeitsmitberichten: Hier ist die Antwort ebenfalls klar und nachvollziehbar.
- ① Zum Thema Schwammstadt: Auch dort erhalten wir eine gute Antwort. Wir unterstützen selbstverständlich Projekte in diesem Bereich.
- ① Die letzte Frage betraf Synergien zwischen Kanton und Gemeinde. Auch hier bewerten wir die Antwort positiv.
- ① Fazit aus unserer Sicht: Ein umweltfreundliches Ostermundigen ist machbar, und wir sind auf einem guten Weg. Als GLP begleiten wir das konstruktiv. Dabei schauen wir genau auf Effizienz und Wirkung einzelner Massnahmen. Wie unsere Mutterpartei GLP Schweiz sagt: Klimaschutz ja, Symbolpolitik nein.

B e s c h l u s s

Die Interpellation wird schriftlich beantwortet.

Axioma #11003

10.3.75 Einfache Anfragen

12. Einfache Anfrage Adrian Rutsch (SVP) betreffend temporärer Kursraum in "Tell's Kantine"; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Möchte der Erstunterzeichner der einfachen Anfrage noch etwas sagen?

Adrian Rutsch (SVP): Ja, diese Situation ist etwas unglücklich, gerade mit dem Keller-Schulzimmer, das sie momentan nutzen.

Die Antwort des Gemeinderats trifft jedoch den Kern.

B e s c h l u s s

Die einfache Anfrage wird schriftlich beantwortet.

13. Orientierungen des Gemeinderates

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Bettina Fredrich und ich haben uns über den Umgang mit Interpellationsantworten und einfachen Anfragen unterhalten. Wir möchten noch einmal erläutern, wie mit einfachen Anfragen verfahren wird.

Bei einfachen Anfragen wird nur „Danke“ gesagt (das soll keine Kritik sein). Nur bei Interpellationen kann sich die Erstunterzeichnerin oder der Erstunterzeichner zu Wort melden. Bei einfachen Anfragen ist das nicht vorgesehen.

10.23.70 Anwender SW

a) CMI Sitzungsvorbereitungstool

Wir möchten, dass alle Ratsmitglieder für das CMI Sitzungsvorbereitungstool geschult werden. Vor der nächsten GGR-Sitzung planen wir zwei Online-Schulungen. Danach erhalten alle Mitglieder in den Kommissionen und im GGR nur noch einen Link mit allen Sitzungsunterlagen. Das Tool erleichtert sowohl die Vorbereitung als auch die Sitzungen.

15.2.71 Einmalige Anlässe

b) «Voll auf die 12»

Am 4. März 2026 führen wir ein Experiment durch: 12 zufällig ausgewählte Personen erhalten 90 Minuten Zeit, um gemeinsam Lösungen für ein Problem zu entwickeln, das viele Menschen betrifft.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden können, damit sich mehr Menschen ehrenamtlich engagieren – sei es in Politik, Sport oder Kultur.

Vielleicht habt ihr selbst Lust, daran teilzunehmen, oder ihr kennt jemanden, der Interesse daran hätte. Motiviert gerne andere, bei diesem Experiment mitzumachen.

10.4.10 Projekt "Fit für die Zukunft"

c) «Fit für die Zukunft»

Am 30. März 2026 planen wir eine Infoveranstaltung zur Struktur von Exekutive, Legislative und Kommissionen. Grundlage sind ein überparteilicher Vorstoss und ein Legislaturziel. Die finale Planung hängt von der morgigen Gemeinderatsklausur ab.

30.4.57 Liegenschaft Mitteldorfstrasse 14, Kindler-Bauernhaus
10.22.7.4 Zentrale Baustelle Z3 (Bahnhof)

d) Kindler- und Werkstadthaus

Am 20. April 2026 (provisorisch) findet eine Infoveranstaltung statt. Themen: das Kindlerhaus (Mitteldorfstrasse 14, neben Tertianum) und das Werkstadthaus (Holzhochhaus). Die Überbauungsordnung ist noch nicht formell genehmigt.

10.20.06 Öffentlicher Verkehr (öV)

e) Buskonzept Bern Nord - Ostermundigen

Am 27. Mai 2026 folgt die zweite Infoveranstaltung zum Buskonzept Bern Nord – Ostermundigen. Die Einladung erfolgt per E-Mail. Pro Partei sind zwei Personen vorgesehen, bei Bedarf können es auch drei oder vier sein.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP):

10.22.3.62 Richtplan ESP Bahnhof Ostermundigen

f) Baustellenbesichtigung Bahnhof Ostermundigen

Ich möchte kurz sicherstellen, dass alle diese Woche die E-Mail mit der Einladung zur Baustellenführung beim Bahnhof erhalten haben. Diese Führung ist wirklich spannend.

Wir möchten diese Möglichkeit auch den Parlamentsmitgliedern anbieten, damit alle sehen können, wo wir aktuell stehen und wie die zukünftigen Zugänge sowie Personenunterführungen aussehen werden.

Es stehen vier Termine zur Auswahl. Bitte meldet euch dafür an, damit die Gruppen nicht zu gross werden. Je nachdem, wo wir uns auf der Baustelle bewegen, ist das wichtig.

Treffpunkt ist beim alten Bahnhofsgebäude. Dort beginnt die Führung.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP):

5.2.71 Einmalige Anlässe

g) Solarenergie

Der Hochbau organisiert am 11. Mai 2026, voraussichtlich ab 17.30 Uhr, eine Veranstaltung zum Thema Solarenergie.

Eingeladen wird insbesondere das lokale Gewerbe. Thematisch reicht die Veranstaltung vom Bau von Solaranlagen bis hin zur gemeinsamen Nutzung von Energie. Das Angebot ist also sehr breit.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP):

20.2.00 Allgemeines

h) Finanzplan 2026 - 2030

Zuerst zum Budget 2026: Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 6. Januar 2026 zur Kenntnis genommen, dass die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen ist. Der GGR-Beschluss vom 23. November 2025 ist damit rechtskräftig.

Nun zum Finanzplan selbst. Die geplanten Termine sind folgende:

① FiKo: 9. März 2026

① GR: 17. März 2026

① GPK: 22. April 2026

① GGR: 30. April 2026

Die Behandlung im GGR findet also an der nächsten Sitzung statt.

Ratspräsident Gerhard Zaugg (SVP): Die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend lauten wie folgt:

14. Überparteiliche Motion betreffend Anpassung der Kriterien für die Schulhauszuteilung "Family first"
15. Interpellation Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend Stand und Planung ÖV und Baustellen Ostermundigen

Axioma #11290
10.3.72 Motionen

14. Überparteiliche Motion betreffend Anpassung der Kriterien für die Schulhauszuteilung «Family first»; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

1. Ergänzung der Tabelle «Zuteilungskriterien, geordnet nach Prioritäten» des Dokuments «Kriterien für die Kindergarten- und Schulhauszuteilung (1. Klasse der Primarstufe)» der Gemeinde Ostermundigen um

1	Familie	Bei der Zuteilung in die 1. Klasse gilt: Kinder aus derselben Familie werden demselben Schulstandort zugeteilt. Ausschlaggebend für die Zuteilung ist der Schulstandort des ältesten Kindes der Familie, welches den 1. oder 2. Zyklus besucht. Bei der Zuteilung in den Kindergarten kann aufgrund von geographisch abweichenden Kindergarten- und Schulstandorten (beispielsweise Kindergarten Ahornstrasse) davon abgewichen werden.
---	---------	--

2. Streichung des folgenden Satzes auf Seite 2 unter «Ergänzende Hinweise»: Kinder aus der gleichen Familie können verschiedenen Schulen zugeteilt werden, wenn die Einhaltung der Zuteilungskriterien dies erfordert.

Begründung

Mit den heutigen Kriterien für die Schulhauszuteilung ist es möglich, dass Kinder aus der gleichen Familie in Zyklus 1 und 2 (Kindergarten und Primarstufe) unterschiedliche Schulhäuser besuchen. Aufgrund der Praxis der «fliessenden Grenzen» bei der Schulhauszuteilung kam es in der Vergangenheit und auch fürs nächste Schuljahr 2026/27 immer wieder zu Zuteilungen von Geschwisterkindern im Primarschulalter in verschiedene Schulhäuser. Das Thema beschäftigt die Ostermundiger Eltern seit Jahren stark und ist wiederkehrendes Thema in den Elternräten. Aufgrund dessen hat sich aus den Elternräten der vier Schulstandorte eine schulhausübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit dem Thema auseinandersetzt.

Das Leitbild Ostermundigen «Leitbild Gesellschaft. Vision 2035» vom 3. Oktober 2023 stellt auf Seite 20 die «Stossrichtung 7: Vereinbarkeit» in den Mittelpunkt. Dort heisst es: »**Ostermundigen stellt die Vereinbarkeit von Freizeit, Erwerbsarbeit und Familie sicher.**«. Ebenfalls in der Bildungsstrategie 2025-2032 ist auf Seite 3 aufgeführt: »**Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird gefördert.**«.

Die heutige Praxis der Möglichkeit der Zuteilung von Primarschulkindern derselben Familie in Schulhäuser an unterschiedlichen Standorten erschwert die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für die Erziehungsberechtigten. Daraus ergeben sich folgende Problematiken:

- die **organisatorische Belastung von Familien**, die sich aus der Doppelberufstätigkeit ergibt¹: mit 2 Schulstandorten werden Eltern vor organisatorische Belastungen gestellt: unterschiedliche Tagesschulen, unterschiedliche schulfreie Tage, unterschiedliche Schulfeste, Überschneidung von Schulveranstaltungen (z. B. Elternabende), unterschiedliche interne Schulthemen (z. B. Elternrat)
- **familienergänzende Betreuung**: ca. 50% der Kindergartenkinder in Ostermundigen besuchen die Tagesschule², ca. 2/3 (66%) aller Kinder unter 13 Jahren wird in irgendeiner Form familienergänzend betreut³. Der Besuch von 2 verschiedenen Schulhäusern führt also vielfach auch zum Besuch unterschiedlicher Tagesschulen und damit weiteren organisatorischen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben
- psychische **Belastung und Förderung von Stabilität** der Kinder durch den Wegfall bekannter Strukturen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Studien zu dem Thema die belegen, wie wichtig Routinen, feste Strukturen, sichere Bezugspersonen und Bekanntes für Kinder sind: die Einschulung ist ein einschneidendes Erlebnis für die Kinder, daher ist es wichtig, ihnen die Sicherheit zu geben, die sie brauchen. Geschwisterkinder auf der gleichen Schule und der Besuch der gleichen Betreuungseinrichtung können hier einen wichtigen Beitrag zum Gefühl von innerer Sicherheit und Stabilität leisten.
- die veränderten **Rahmenbedingungen**, die sich aus der Einführung des Lehrplans 21 ergeben haben, nämlich dass die Lektionenzahl für die Kinder erhöht wurde und sie dadurch mehr Zeit (und damit Nachmittage) in der Schule verbringen. Die Organisation von Freizeitaktivitäten (Vereine, Musik, Freunde etc.) wird durch Kinder an unterschiedlichen Schulstandorten umso mehr erschwert (unterschiedliche Wege, Schulzeiten, bei Zeitknappheit Abholung an verschiedenen Standorten, unterschiedliche Quartierzugehörigkeiten)

Mit der im Wortlaut genannten Ergänzung der Zuteilungskriterien soll die Vereinbarkeit von Familien- & Erwerbsarbeit und die psychologische Stabilität der Kinder gestärkt werden.

Datum: eingereicht GGR-Sitzung 26. Februar 2026

sig.: Kerstin Brechbühl (Mitte), Sarah Stalder (SP), Daniela Feller (FDP), Myriam Zürcher (EVP), Andreas Scognamiglio (EVP), Kerstin Kistler (SP), Béla Filep (Mitte), Jorgo Ananiadis (Piraten), Franziska Brunner (SVP), Angelo Andres (SVP), Adrian Rutsch (SVP), Adrian Gränicher (SVP), Christoph Leiser (FDP), Lukas Lanz (FDP), Maja Schneider (SP), Mattia Mordasini (SP), Peter Buri (SP), Jörg Renner (SP), Yasmin Dressler (SP), Peter Stettler (SP), Christian Burr (Grüne), Adrian Tanner (Grüne), Samuel Augustiny (Grüne)

¹ 2024 waren ca. 75% aller Paare mit Kindern im Alter bis 13 Jahren im eigenen Haushalt in irgendeiner Form (Vollzeit/Teilzeit) Doppelt erwerbstätig (BFS-Schweizer Arbeitskräfteerhebung, 2025, "Erwerbsmodelle bei Paaren mit und ohne Kinder im Haushalt, 2024")

² Antwortschreiben der Gemeinde Ostermundigen zu «Anfrage der Elternräte Ostermundigen: Schulauszuerteilung»

³ BFS- Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen, 2023, «Kinder unter 13 Jahren, die familienergänzend betreut werden, nach Alter, 2023»)

Kriterien

für die Kindergarten- und Schulhauszuteilung (1. Klasse der Primarstufe)

Die Schulkommission erlässt gestützt auf Art. 2 des Reglements über die Schulorganisation vom 21. Januar 2013 folgende Kriterien für die Kindergarten- und Schulhaus-zuteilung:

Grundsatz

Die Gemeinde bildet einen einzigen Schulkreis. Alle Kindergärten sind einer Schule angeschlossen. Jede Schule unterhält eine eigene Tagesschule. Für die Zuteilung der Kindergarten-Kinder an die einzelnen Kindergärten und der Schülerinnen und Schüler an die einzelnen Schulen gilt das Prinzip der fließenden Grenzen. Die Kommission legt die Einzugsgebiete jährlich fest, um für die Gesamtheit der Kinder eine optimale Lösung zu erreichen. Die Kommission stellt eine rechtsgleiche Behandlung sicher.

Zuteilungskriterien, geordnet nach Prioritäten		
1	Familie	Bei der Zuteilung in die 1. Klasse gilt: Kinder aus derselben Familie werden demselben Schulstandort zugeteilt. Ausschlaggebend für die Zuteilung ist der Schulstandort des ältesten Kindes der Familie, welches den 1. oder 2. Zyklus besucht. Bei der Zuteilung in den Kindergarten kann aufgrund von geographisch abweichenden Kindergarten- und Schulstandorten (beispielsweise Kindergarten Ahornstrasse) davon abgewichen werden.
2	Wohnadresse	Die Zuteilung auf die Kindergartenstandorte und die Schulanlagen erfolgt grundsätzlich nach der Wohnadresse. Das bedeutet nicht automatisch, dass der nächste Standort berücksichtigt werden kann (Prinzip der fließenden Grenzen). Alle Kinder müssen den Kindergarten oder die Schulanlage zu Fuss erreichen können (zumutbar nach Bildungs- und Kulturdirektion ist für Kinder im Kindergartenalter ein Schulweg bis zu 1.5 Kilometer und für Primarschülerinnen und -schüler ab 1. Klasse bis zu 2 Kilometern).
3	Ausgleich der Klassengrößen	Alle Klassen müssen innerhalb des vom Kanton bestimmten Normalbereichs gemäss den Richtlinien über die Schülerzahlen liegen. Die massgebenden Kriterien für den Ausgleich sind: <u>Kindergarten:</u> - Die Klassengrößen sind möglichst ausgeglichen. <u>1. Klasse der Primarstufe:</u> - Die Differenz zwischen den Klassengrößen beträgt max. 4 Schülerinnen.

Ergänzende Hinweise

Bei der Einteilung wird berücksichtigt, dass mehrere Kinder den gleichen Schulweg gehen können. Ausnahmen sind, aufgrund von Umteilungsgesuchen, möglich. ~~Kinder aus der gleichen Familie können verschiedenen Schulen zugeteilt werden, wenn die Einhaltung der Zuteilungskriterien dies erfordert.~~ Vorbehalten bleiben Sonderregelungen für Kinder mit gesundheitlicher Beeinträchtigung. Die Zuteilung von Kindern mit Bedarf an besonderen Massnahmen richtet sich ebenfalls nach den vorliegenden Kriterien. Die besondere Förderung wird in jeder Klasse gewährleistet.

Inkrafttreten

Die vorliegenden "Kriterien für die Kindergarten- und Schulhauszuteilung (1. Klasse der Primarstufe)" treten auf den **1. August 2027, d.h. für das Schuljahr 2027/28**, in Kraft.

Die Kriterien **vom 08. Februar 2017** werden ausser Kraft gesetzt.

Ostermundigen,

NAMENS DER SCHULKOMMISSION

Axioma #11291
10.3.74 Interpellationen

15. Interpellation Stand und Planung ÖV und Baustellen Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Baustart für das Tram Bern Ostermundigen verzögert sich weiter. Gemäss Abstimmungstexten und Aussagen in Medien wurde ursprünglich von einem Baubeginn im 2022 ausgegangen. Gemäss aktueller Projekt-Website Tram Bern-Ostermundigen sei der Baubeginn im 2024, was sicher nicht mehr stimmt. In weiteren News spricht man vom Baustart im 2026. Und der Bau benötigt danach vier bis fünf Jahre.

Doch Stand heute ist das Bewilligungsverfahren immer noch hängig. Nach einer Verfügung des BAV folgen die Verfahren mit über 200 Einsprechern, die sich gemäss öffentlichen Aussagen einiger Einsprecher über alle Instanzen und somit über mehrere Jahre bis zu finalen Bundesgerichtsentscheiden weiterziehen werden.

Ein frühester Betriebsstart eines Trams liegt also im Bereich von 2032 oder noch viel später.

In der Beantwortung der Interpellation #10769 Überparteiliche Interpellation betreffend «Planungsstand Tram Bern Ostermundigen - Auswirkungen der Bauverzögerungen» wurde zur Frage 2 der bezüglich den Ausgaben keine verbindliche Aussage gemacht. Zur Frage 3 wurden nur kleinere Sanierungsmassnahmen erwähnt. Gemäss TBO Website und anderen Informationen wurden bis im 2025 aber bereits viele Vorarbeiten erledigt, Leitungen für Kanalisation, Wasser, Gas, Strom und Telekommunikation über längere Bereiche saniert oder verlegt und die Gasstation beim Bahnhof wurde mit einer neuen Station beim Waldeck ersetzt.

Ausserdem fallen aktuell bei der Baustelle Bahnhof zusätzliche Aufwände an, welche durch die Gemeinde Ostermundigen getragen werden müssen.

Darum möchte der Unterzeichnende die folgenden Fragen möglichst schnell vom Gemeinderat beantwortet haben:

1. Inwiefern war der Gemeinderat in die Auftrennung der Linie 10 nach Köniz und Wiederaufnahme der Linie 15 nach Ostermundigen per Dezember 2026 einbezogen und wie was gedenkt er bezüglich dieser allgemein nachteiligen Lösung zu unternehmen?
2. Gibt es aktuellere Zahlen zu den Ausgaben bezüglich Tram, Strassensanierung und auch bezüglich Interpellation #10769, siehe oben, und über welche Kostenstelle wurden diese Arbeiten abgerechnet resp. welcher Betrag wurde bis heute dem Kredit TBO bereits entnommen?
3. Welche Teile der Bernstrasse und welche Werksleitungen waren bei den Tramabstimmungen im 2014&2016 dringend sanierungsbedürftig, und welche sind es heute noch?
4. Mit wie vielen zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern und mit wie vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen bis wann rechnet der Gemeinderat und wo werden diese Wohnräume und Arbeitsplätze geschaffen?

eingereicht GGR-Sitzung 26. Februar 2026

sig.: Jorgo Ananiadis (Piraten)

Axioma #4944

16. Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, e = erledigt,
ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
5765	Verwaltungsbericht 2024	26.06.25	30.06.26	FS + alle	Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Die Ratssekretärin:

Gerhard Zaugg

Saskia Niggli

Die Stimmenzählerin:

Der Stimmenzähler:

Kathrin Balmer

Markus Truog